

Romeo Rey

Solidarity

Entwürfe zu einer neuen Gesellschaft



VSA

Romeo Rey
Solidarity

Romeo Rey war von 1969 bis 2002 Lateinamerika-Korrespondent verschiedener deutschsprachiger Medien, vor allem beim »Tagesanzeiger« (Zürich) und der »Frankfurter Rundschau«. Gegenwärtig lebt er in der Schweiz. Im VSA: Verlag erschien 2008 von ihm »Im Sternzeichen des Che Guevara. Theorie und Praxis der Linken in Lateinamerika«. Kontakt zum Autor über romeorey42@yahoo.com.

Romeo Rey

Solidarity

Entwürfe zu einer neuen Gesellschaft

VSA: Verlag Hamburg

Dank gebührt allen, die als Lektoren mitgeholfen haben, den vorliegenden Text zu verbessern und ergänzen. Es soll darauf verzichtet werden, sie namentlich zu nennen. Der Autor übernimmt die Verantwortung für den Inhalt und dessen mögliche Folgen alleine.

Etwaige Erträge dieses Werks werden, soweit sie dem Autor zustehen, vollumfänglich an Institutionen weitergeleitet, deren Ziel es ist, die kausalen Zusammenhänge zwischen dem Reichtum der Industriestaaten und der Armut und Unterentwicklung der Dritten Welt zu ergründen.

Das Titelbild zeigt einen Ausschnitt des Mayakalenders. Er endet am 21. Dezember 2012. Dieses Datum weckt da und dort obskure Vermutungen und Prognosen. Der Autor hält davon nichts. Wohl aber ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass dieses Jahr einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft bringt.

Inhalt

Vorwort	8
Einleitung	21
Die Gewinner des Systems	21
Rückkehr zu proletarischer Arbeit	26
Das Prinzip des Chaos	31
1. Ein System, das in die Sackgasse führt	39
Plünderung plus Pump	43
Die Beraubung von Milliarden Arbeitskräften.....	48
2. Der Kapitalismus – Wunsch und Wirklichkeit	61
Polarisierung als konstitutives Merkmal des Kapitalismus	65
Der undemokratische Charakter des Neoliberalismus.....	67
Das Kapital ruft den Staat zu Hilfe	70
3. Kollaps des Kommunismus – Scheitern des Reformismus	74
Kommunismus in Russland und Kuba	75
Grenzen und Frustrationen reformistischer Politik	82
4. Sind die Ideale des Sozialismus nur noch Illusion?	89
Niemand hat das Monopol auf Demokratie	90
Das Recht auf eine realistische Utopie	95
Stetiges Wachstum der solidarischen Produktionsformen	99
5. Das Trugbild der materiell verstandenen Lebensqualität	104
Der Mythos des Wachstums	104
Irre Finanzwirtschaft	108
Ein neues Verständnis von Wohlstand	109
6. Wunder und Wahnsinn der Reichtumsakkumulation	113
Der enge Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut	115
Von Schlössern, Palästen und Kathedralen	117
Großmut der Spender und Stifter	119
Falsche und unvollständige Alternativen	122
Echtes Wachstum, wahre Lebensqualität	125

7. Der Staat als Ausdruck des Gemeinsinns	127
Zentrale Funktionen des Staates	128
Das Gemeinwohl als oberstes Ziel	132
Wie der Staat im Neoliberalismus zweckentfremdet wird	135
Problematik des Staates in Lateinamerika	138
 8. Die Frage der Macht	 141
 9. Aufgaben der öffentlichen Hand	 151
Wesen und Sinn des Service public	151
Wirtschaft und Finanzen brauchen Regulierung	153
Die zentrale Bedeutung der Steuerpolitik	158
Ein effizienter und sozial verpflichteter Staat	160
 10. Ziele der Steuerpolitik – und inwiefern sie erreicht werden	 163
Steuerpolitik und Um- oder Rückverteilung	166
Manöver der Rechten, um eine radikale Steuerreform zu verhindern	168
Das Geld dort holen, wo es im Überfluss herumliegt	170
 11. Ein Blick auf die Steuersysteme verschiedener Länder	 172
Das skandinavische Modell als Alternative	178
Der unwiderstehliche Druck des Neoliberalismus	182
 12. Grundsätze solidarischer Steuerpolitik	 187
Vereinfachung des Steuersystems	187
Ohne Steuerprogression gibt es keine Gerechtigkeit	191
Stiftungen, Spenden und andere Tricks der Steuervermeidung	194
 13. Streitfragen zur Steuer- und Lohnpolitik	 197
Wie viele und was für Steuern soll es geben?	199
Grundeinkommen oder Mindestlohn?	203
Direkte oder indirekte Steuern?	207
Durch Steuern finanzierte Sozialleistungen oder ein gemischtes System?	208

14. Modell für eine radikale steuerpolitische Reform	211
Das Prinzip der Solidarität in der Einkommenssteuer	212
Ausweitung auf die Vermögens- und/oder Erbschaftssteuer	220
Unternehmenssteuern gegen den Gigantismus	223
Eine vorläufige Bilanz	227
15. Alle Steuerparadiese müssen verschwinden	230
16. Notwendigkeit einer neuen umfassenden globalen Charta	236
Vorschläge und Ansätze zu einer globalen Steuerpolitik	238
Bereits bestehende globale Erklärungen, Vereinbarungen und Chartas	243
17. Die Neutralisierung des Kapitals	246
Die Kernfrage der Besitzverhältnisse bei den Produktionsmitteln ...	247
Was bedeutet »Neutralisierung des Kapitals«?	249
Erweiterung auf die Frage des Grundbesitzes	256
Zweck und Grenzen der Planung	261
18. Demokratisierung der Wirtschaft	264
Wie soll das konkret funktionieren?	266
Kampfansage an die Monopole, Oligopole und Kartelle	271
19. Auch das Finanzwesen muss demokratisiert werden	276
Radikale Maßnahmen drängen sich auf	285
20. Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik und Neutralisierung des Kapitals	290
21. Solidarität in einer multipolaren statt hegemonialen Welt	294
Nachwort: Keime einer globalen Solidarity-Bewegung	300
Die Krise ist installiert	300
Der Widerstand regt sich	304
Demokratie von unten, Freiheit für alle	307
Ein Programm nach dem Prinzip der Solidarität	309
Revolution oder Evolution?	314
Eine notwendige Utopie	316
Literatur	319

Vorwort

*»Nichts auf dieser Welt ist mächtiger als eine Idee,
deren Zeit gekommen ist.« Victor Hugo*

*»Imagination is more important than knowledge.«
Albert Einstein*

Dieses Buch wirft einen Blick in die Zukunft. Es handelt von einer Utopie, die einmal Realität sein wird. Die zudem in wichtigen Teilen jetzt schon existiert und im Bewusstsein vieler Menschen tief verwurzelt ist. Wann sie in ihrer ganzen Tragweite verwirklicht werden kann, ist nicht entscheidend. Wichtiger ist, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger sehen, wie unhaltbar die gegenwärtigen Zustände in Wirtschaft und Gesellschaft sind und wie unausweichlich sich eine Alternative aufdrängt.

Die ersten Kapitel sind als Aufruf zu verstehen, dass wir das, was in letzter Zeit unter Berufung auf die »freie Marktwirtschaft« durchgesetzt wurde, nicht vergessen sollen. Dass wir in unserem Gedächtnis eingravieren, was für Gehaltsexzesse sich viele Konzern- und Bankmanager, Aufsichtsräte (in der Schweiz Verwaltungsräte genannt), Hedgefondsbesitzer und Profispekulanten bis auf den heutigen Tag erlauben können. Wie Millionen und Milliarden in ihren Taschen verschwunden sind und immer noch verschwinden. Und dass diese enorme Umverteilung zugunsten der Reichen und Reichsten zulasten von Hunderten Millionen Nichtprivilegierter stattfindet.

Dann folgt ein Erklärungsversuch, warum solche Entwicklungen nicht einfach das Resultat von Entgleisungen bestimmter Individuen sind, die sich besonderer Skrupellosigkeit schuldig machen. Es soll gezeigt werden, dass diese Missstände die logische Folge eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sind, das auf Egoismus beruht. Auf Individual- und Gruppenegoismus. Logische Folge nämlich der blinden Befolgung des Prinzips der Profitmaximierung ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen.

Schließlich, im Hauptteil dieser Studie, erfolgt die Suche nach einer realisierbaren Alternative, die einerseits steuerlicher Natur sein und andererseits radikale strukturelle Umwälzungen im produktiven System mit sich bringen muss, welche die Besitzverhältnisse betreffen, die dort herrschen.

Das kapitalistische System, wie es sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter dem Diktat des Neoliberalismus entfalten konnte, hat seine Untauglichkeit für die Gesellschaft als Ganzes unter Beweis gestellt. Allzu lange hat man uns eingetrichtert, dass eine globalisierte Wirtschaft – möglichst frei von staatlicher Regulierung und Aufsicht, möglichst weitgehend privatisiert – dem Wohl der ganzen Erdbevölkerung dienen und die Plage des Hungers endgültig besiegen würde.

Ein paar hundert transnationale Konzerne und Großbanken beherrschen nunmehr als ein gigantisches globales Oligopol das wirtschaftliche, finanzielle und politische Geschehen auf Erden nach ihrem eigenen Ermessen und ihren eigenen Interessen. Selbst in kulturellen Belangen hat ihr Einfluss mittlerweile ein unhaltbares Ausmaß erreicht. Solche Machtballung ist, je länger sie währt, mit Demokratie desto weniger vereinbar.

In den letzten Jahren vor der großen Krise, die uns heute zu schaffen macht, profitierte die kapitalistische Weltwirtschaft noch vom raschen Wachsen der aufstrebenden Länder, der so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), von rasch anwachsenden Geldströmen und der Verfügbarkeit von neuen, in die zig Millionen gehenden billigen und willigen Arbeitskräften. Trotzdem sind diverse Finanzkrisen (Mexiko, Südostasien, Russland, Brasilien, Argentinien, die New Economy-Blase) in rascher Folge ausgebrochen. Sie konnten – nur scheinbar – überwunden werden, indem man die Lösung der strukturellen Probleme mit immer neuen Geldemissionen in Billionenhöhe vor sich her schob.

Keine große Überraschung war es daher für weitsichtige Ökonomen, als die nächstfolgende Blase – diesmal im Immobiliensektor der USA – 2007 platzte und einen Kollaps verursachte, dessen Folgen wie ein Tsunami über weite Teile des Erdballs brandeten. Unversehrt blieben vorderhand die mit anhaltend starken Wachstumsraten glänzenden Volkswirtschaften von China und Indien, in deren Schlepptau ein paar weitere wichtige Rohstofflieferanten wie Australien, Brasilien (nach der Krise der 1990er Jahre), Chile, Peru, Nigeria und Indonesien ebenfalls mithalten konnten.

Als wichtigstes Problem der zentralen Staaten erwies sich jetzt – für aufgeklärte Beobachter auch schon viel früher – die lawinenartige Verschuldung von Staaten, Unternehmen und privaten Haushalten. Ab Mitte der 1970er Jahre, als erste Anzeichen solcher Fehlentwick-

lungen in Lateinamerika auftauchten, mochte man diese Krisensymptome noch als notwendiges Übel für das »Abheben« mancher Ökonomien der Dritten Welt* abtun – ein Übel, das sich dereinst von selbst bewältigen ließe, wenn jene erst einmal richtig in Fahrt kämen. Damals hätte im wohlhabenden Norden noch kaum jemand gedacht, dass ganz ähnliche Schwierigkeiten innerhalb von kaum mehr als einer Generation auch reichen Gesellschaften und Ländern, selbst jenen der »unbegrenzten Möglichkeiten«, das Leben schwer machen könnten.

An diesem fatalen Punkt sind wir aber mittlerweile angelangt. Die USA, Japan und mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wiesen schon unmittelbar nach der Jahrtausendwende Schuldenquoten (Verhältnis von Schulden zur wirtschaftlichen Leistung) auf, die nichts Gutes für die kommende Zeit verhiessen. Auch in renommierten bürgerlichen Massenmedien, die den Kopf jahrelang in den Sand gesteckt hatten, setzte sich nun diese Erkenntnis allmählich durch. Vorerst erschöpften sich die Bemühungen der zuständigen Regierungen, Notenbanken und globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank aber in kosmetischen Maßnahmen sowie Feuerwehractionen, deren Kosten mehrheitlich von den Steuerzahlern der betreffenden Länder getragen werden mussten.

Rückblickend kann man sagen, dass es in dieser Krise des kapitalistischen Systems drei Knackpunkte gegeben hat: Der erste erfolgte 1971, als US-Präsident Richard Nixon das so genannte Goldfenster schloss, also die vor allem von den Franzosen genutzte Möglichkeit unterband, US-Dollar nach Belieben gegen Gold einzutauschen. Tiefere Ursache des Schwindens der amerikanischen Goldreserven war ein schleichender Verlust des Vertrauens in die Weltmacht Nummer 1, sich als solche langfristig behaupten zu können, was wiederum mit dem Verlauf des Vietnamkriegs zusammenhing.

Ein zweites einschneidendes Ereignis war die Widerrufung des Glass-Steagall-Act durch Bill Clinton, der damit nach mehrjährigem Zögern dem Druck des Neoliberalismus wich und der Verantwortungslosigkeit in der Finanzwelt freien Lauf ließ. Jenes Gesetz war 1933 in Kraft getreten und hatte zum Ziel gehabt, ein allzu zügelloses, potenziell explosives

* Der Begriff »Dritte Welt« gilt in akademischen Kreisen seit längerem als unpräzise und überholt. Er stammt aus der Zeit des Kalten Krieges und der Blockfreien-Bewegung. Wenn er hier trotzdem gelegentlich verwendet wird, sind damit jene Staaten gemeint, die den Status eines Schwellenlandes oder einer »aufstrebenden Nation« nicht erreicht haben, sondern nach wie vor die typischen Merkmale chronischer Unterentwicklung aufweisen.

und daher gefährliches Wachstum der Banken zu verhindern. Ronald Reagan, George Bush Vater und Sohn, schließlich auch Barack Obama, vor allem aber die beiden langjährigen Vorsitzenden des Federal Reserve System, Alan Greenspan und Ben Bernanke, spielten vor und nach dem folgenschweren Schritt Clintons von 1999 keine andere Rolle als die, in der Finanzpolitik Schritt für Schritt als Befehlsvollstrecker neoliberaler Drahtzieher zu dienen.

Der dritte Knacks erfolgte im August 2011, vier Jahre nach Beginn der akuten Phase der kapitalistischen Krise, als die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit der USA zum ersten Mal in der Geschichte vom Idealstatus AAA auf AA+ zurückstufte und die finanzpolitischen Aussichten für die bröckelnde Weltmacht auf »negativ« setzte. Damit wurde angedeutet, dass es um die reale Zahlungsfähigkeit der Besitzer und Garanten der Weltleitwährung in absehbarer Zukunft nicht mehr zum Besten stand. Eine Erkenntnis, die eigentlich schon lange überfällig gewesen war.

Ungeachtet der bitteren Erfahrungen, die Lateinamerika schon in den 1970er Jahren und dann 1982 inmitten eines kompletten finanziellen Zusammenbruchs hatte machen müssen, sahen die neoliberalen Herrschaften sorglos zu, wie die Flutwellen an den verschiedensten Ecken und Enden des Globus ins Rollen kamen. Die roten Lampen, die bei einer Schuldenquote von 60% unübersehbar aufleuchteten, wurden von den verantwortlichen Politikern fast aller betroffenen Länder ganz einfach ignoriert. Die »Gesetze« von Zins und Zinseszins besorgten den Rest. 2010 mussten auch die blindesten Vertreter der bürgerlichen Macht und ihre Wortführer in den Massenmedien einsehen, dass die kritische Marke mit Quoten von 100% und mehr in diversen europäischen Staaten sowie in den USA und über 200% in Japan seit langem überschritten war und dass die Folgen solcher Leichtfertigkeit für das ganze System übel sein könnten.

Das schwere Erdbeben vom März 2011 und die dadurch ausgelöste Nuklearkatastrophe von Fukushima waren eigentlich nur noch weitere Tropfen, die das Fass zum Überlaufen brachten. Dass im Zuge dieser dramatischen Ereignisse auch gerade noch der Niedergang des US-Dollars als Leitwährung der Weltwirtschaft in eine neue, besonders dramatische Phase trat, war sicher kein Zufall. Das weltweite Finanzgebäude, das seit mindestens einem Jahrzehnt beschleunigter Schuldenwirtschaft und undurchsichtiger Geschäfte im Zusammenhang mit dem Immobilienboom

auf denkbar morschen Fundamenten stand, geriet in diesem gewaltigen Beben zusehends aus den Fugen.

Wohl kein anderes Zeitdokument erfasst die Abgründigkeit der Umtriebe von Bankern und Maklern sowie die Nachlässigkeit von Aufsichtsorganen und parlamentarischen Kontrollinstanzen direkter als der Dokumentarfilm »Inside Job« (2010) von Charles H. Ferguson. Er führt dem Publikum vor Augen, dass seit über zehn Jahren jede Finanzkrise schlimmer als die vorherige gewesen ist. Dass zudem alle Blasen in Verbindung mit gravierenden Fällen von Korruption entstanden waren und von der zuständigen Überwachungsbehörde in den USA nur selten Bußgelder in meist lächerlicher Höhe verhängt wurden.

Der Film zeigt, wie mit der Immobilienblase der Irrsinn seinen Höhepunkt mit eindeutig kriminellen Merkmalen erreichte, am klarsten im Falle der Credit Default Swaps (CDS, einer Art von »Versicherung« gegen Zahlungsausfälle), die vor allem dem weltgrößten Versicherer, der US-amerikanischen AIG mit Verlusten von nahezu 200 Milliarden Dollar zum Verhängnis wurden.

Der amerikanische Kongress sah diesem wilden Treiben praktisch ungerührt zu, obwohl viele das Unheil kommen sahen. Dasselbe gilt für das FBI, das sich zu keinerlei wirksamer und nachhaltiger Aktion durchringen konnte, um den »Finanzhaien« das Handwerk zu legen. Die Ratingagenturen reagierten ihrerseits wegen ihrer inzwischen offenkundig gewordenen Komplizenschaft mit den Banken viel zu spät und verschlimmerten den Zusammenbruch dabei zusätzlich. Vertreter dieser Institutionen hatten im Film Gelegenheit, Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen, die nun von verschiedener Seite gegen sie erhoben wurden. Viele verweigerten jegliche Aussage, andere stritten ihre Verantwortung mit fadenscheinigen Argumenten und unverfrorenen Mienen ab, manche verhedderten sich vor laufender Kamera in peinlichster Art und Weise.

Heute weiß man, dass die Finanzwelt aus der Krise von 2008/09 kaum etwas gelernt hat und im gleichen Stil weitermachte. Die Orgie der »Bankster« wurde mit Luxusexzess und unübersehbaren Zeichen von Dekadenz fortgesetzt. Das greifbare Ergebnis dieser Machenschaften sind Millionen Zwangsversteigerungen, Millionen Menschen in den USA, die seither in erbärmlichen Verhältnissen leben und nur dank food stamps (staatlicher Lebensmittelhilfe) durchkommen. Spätere Folgen würden nach Ansicht mancher Ökonomen – wahrscheinlich nach einer vorübergehenden Phase der Deflation – eine immer rascher galoppierende Inflation sein, die im schlimmsten Fall wie in den 1970er Jahren in eine

Stagflation mit massenhaften Pleiten in der produktiven Wirtschaft und zunehmender Arbeitslosigkeit ausarten könnte.

Unterdessen kassieren aber die Finanzoligarchen weiterhin Dutzende Millionen Dollar oder Euro schwere Jahresgehälter oder werden mit »goldenen Fallschirmen« verabschiedet. Ihre Geldmaschinen wachsen unentwegt weiter und werden zu immer noch größeren Ungeheuern. Allein in den USA gibt ihre Branche fünf Milliarden Dollar im Jahr für Lobbying im Kongress aus. Sie ist eng mit dem Hochschulsektor vernetzt. Dieser lässt sich von der Finanzwelt großzügig finanzieren und versorgt andererseits die Sponsoren mit »Argumenten« für die Fortsetzung der ultraliberalen Politik. Namhafte Professoren berühmter Universitäten haben im Dienst der Banken in wissenschaftlich verbrämten Gutachten vor Ausbruch der ersten Krisensymptome groteske Fehltritte abgegeben, zum Beispiel über Island, bevor dieser europäische Staat 2007 Bankrott machte. Regisseur Ferguson und seine Equipe stellen einige dieser prominenten Wissenschaftler zur Rede und entlarven sie schonungslos. In seiner Wahlkampagne (2008) klagte Barack Obama diese Missstände an. Einmal an der Macht, war er aber nicht in der Lage, nachhaltige Maßnahmen zur Entschärfung der Krise zu ergreifen. War er machtlos? Fehlte es ihm an kluger Beratung? Oder an Mut? Das Urteil eines glaubwürdig erscheinenden Experten, der das letzte Wort im Film hat, sagt es uns: »Wall Street ist in Washington nach wie vor an der Regierung, sie übt mehr als jemals zuvor die Macht in diesem Land aus.«

Wenn bisher irgendetwas zur Lösung des Problems unternommen wurde, dann meistens nach dem Motto »Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste«. Ziel der Rettungsbemühungen waren nicht etwa Griechenland oder die griechische Bevölkerung, die Portugiesen oder die Iren, sondern die Gläubiger, also international vernetzte Großbanken, Versicherungen und andere wichtige Investoren. Diese Erfahrungen hatte man im Übrigen schon ein Jahrzehnt zuvor in Argentinien machen müssen. Auch dort waren mehrere bail out (Rettungs-)Aktionen über die Bühne gegangen, die allesamt den größten Gläubigern dienten, indem sie ihnen Zeit gaben, ihre Guthaben weitgehend ins Trockene zu bringen, den Einheimischen aber nur noch mehr Schulden aufbürdeten.

Naive Geister mochten nach den ersten Sturmfronten, die 2007-09 über die Krisenregionen im Norden gerollt waren, noch glauben, die Gefahr einer finanziellen und wirtschaftlichen Kernschmelze sei abge-

wendet worden. Die Banker fanden rasch zum business as usual zurück. Wo ihre skandalösen Bonizahlungen eingestellt oder wenigstens reduziert wurden, stiegen dementsprechend ihre Fixlöhne. Die US-Regierung und die Federal Reserve suchten, als die reale Ökonomie nicht wieder anspringen wollte, ihr Heil darin, dass der Leitzins bei null festgenagelt und gleichzeitig im Rahmen eines so genannten quantitative easing Billionen Dollar in Umlauf gesetzt wurden.

Ein erheblicher Teil dieser Geldschwemme floss nun, angetrieben von der Angst vor der drohenden, in manchen Nationalökonomien bereits einsetzenden Geldentwertung und vom ewigen Streben nach raschen Gewinnen, in den Handel und die Spekulation mit Rohstoffen. Verschiedene Regierungen beeilten sich, mit Ländern der südlichen Hemisphäre bilaterale Verträge abzuschließen, die für jene (noch) strengere Patentregeln, für sie selbst aber einen noch freieren Zugang zu den Märkten, mehr Investitionsschutz, die Gleichbehandlung mit inländischen Unternehmen und noch leichteren Zugang zu den Ressourcen der Gastgeber beinhalteten. Die früheren Kolonien sollten den neokolonialen Mächten also gefälligst helfen, mit der Krise klarzukommen, nachdem multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) über denselben Themenkreis am – absolut berechtigten – Widerstand einiger großer Schwellenländer gescheitert waren.

Unter der Last der Schuldenberge und der damit zusammenhängenden, ins Unermessliche wachsenden Etatdefizite (in den USA phasenweise weit über 10% des Bruttoinlandprodukts) entschieden sich die Herrschenden da und dort, soziale Dienstleistungen den »Gesetzen« betriebswirtschaftlicher Effizienz zu unterwerfen oder gar kurzerhand abzubauen. Viele Bürgerinnen und Bürger fingen an, sich die bange Frage zu stellen, wo denn all die Milliarden, die zur Rettung verantwortungsloser Banker mobilisiert worden waren, versickert seien. Es zeichnete sich ab, dass die Verteilungskämpfe in der Gesellschaft mit zunehmender Dauer und Dramatik der Krise schärfere Formen annehmen würden.

Von ganz wenigen Ausnahmen (zum Beispiel Dänemark und Norwegen) abgesehen, hatte die soziale »Ungleichheit« schon seit vielen Jahren sichtbar und spürbar zugenommen. Was dieses eigentlich euphemistische Wort in Wirklichkeit zu bedeuten hat, konnte die große Masse der gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger auf Schritt und Tritt erfahren: eine immer einseitigere Konzentration des Reichtums in wenigen Händen, während die Mehrheit der Bevölkerung mehr oder weniger schmerzhaft Abstriche an ihrem Realeinkommen hinnehmen musste.

Viele ahnten damals schon, dass solche Ungleichheit – wie zwei Autoren, die ich noch ausführlicher zitieren werde (Wilkinson und Pickett), eindringlich warnen – in persönlicher, sozialer und politischer Hinsicht viel Unglück verursachen würde. Unbewältigte chronische Gesundheitsprobleme und Gewalttätigkeit sind Phänomene, die gerade Gesellschaften mit krassen sozialen Unterschieden kennzeichnen. Extreme Gegensätze, wie sie unterdessen fast überall zur Regel geworden sind, führen zum Verlust von Vertrauen in die Institutionen, sie reißen Gräben zwischen den Klassen und verschiedenen ethnischen Gruppen auf und bewirken den Zerfall von Gemeinschaften.

Im Kern meiner Bemühungen um eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Gedanken der Solidarität auf Kosten der Gewinn- und Konkurrenzmentalität in den Vordergrund rückt, steht die Sorge um den praktisch in der ganzen »entwickelten« Welt entfachten Streit über Einwanderung, Überfremdung, Islamisierung und Rassismus. Manches deutet darauf hin, dass wir Gefahr laufen, in ein politisches Regime abzudriften, das dem Rechtsradikalismus mit seinen verschiedenen abscheulichen Fratzen und Masken gleicht.

Die Politik von konservativen, rechtsliberalen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, Bewegungen und Bürgergruppen läuft im Wesentlichen darauf hinaus, die tieferen Ursachen, die dem Phänomen der sprunghaft zunehmenden Wanderbewegungen in der Welt zugrunde liegen, einfach unter den Teppich zu kehren. Die Wurzeln dieser Entwicklung sind nach meiner Auffassung in den ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft und des Welthandels zu suchen. Diese wiederum halte ich für den Ausdruck eines von Grund auf ungerechten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das in letzter Instanz nur die Kraft des Größeren und Mächtigeren gelten lässt und das Streben nach einer Maximierung des Profits auf die Spitze treibt.

Diesen Irrweg nicht weiter zu beschreiten, ist für alle, die an Demokratie und Solidarität glauben, ein dringliches Gebot. Nur mit Hilfe von sozialem Ausgleich (was nicht mit Gleichmacherei zu verwechseln ist) werden wir zu einer ausgewogenen und friedlichen Gesellschaft und zu hinreichender Lebensqualität für alle finden.

Wissenschaft und Technik haben in den letzten Jahrhunderten seit der Aufklärung gewaltige Fortschritte erzielt. Viele Errungenschaften laufen – zumindest für die privilegierten Minderheiten – darauf hinaus, das

Leben immer komfortabler zu gestalten, mehr und mehr Schwerarbeit durch Maschinen ausführen zu lassen, den Menschen immer mehr Freizeit zu gewähren und sie in die Lage zu versetzen, diese durch allerlei Luxuskonsum und raffinierte Genüsse auszukosten.

Die Revolution der weltweiten Kommunikation öffnet uns aber gleichzeitig die Augen dafür, dass bisher eben nur eine Minderheit der Weltgesellschaft in den Genuss der Früchte dieser Entwicklung kommt. Milliarden Menschen verharren im untersten Segment der sozialen Pyramide ohne Hoffnung, jemals die Tür zu einem besseren Leben aufstoßen zu können. Die nächste Phase in der Entwicklungsgeschichte muss deshalb darin bestehen, die wichtigsten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik allen zugänglich zu machen. Das Know-how, um dieses Ziel zu erreichen, steht zu unserer Verfügung. Nur mit dieser Perspektive kann Entwicklung im 21. Jahrhundert überhaupt noch einen globalen Sinn haben.

Angesichts der Brutalität des Neoliberalismus kommen immer mehr Menschen zur Einsicht, dass wir den Weg der (falsch verstandenen) Effizienz und Produktivität nicht unbesehen weiter beschreiten dürfen, weil dabei im unterentwickelten Süden wie auch im wohlhabenden Norden allzu viele unter die Räder kommen. Dass also eine sozial qualitative anstatt einer nur wirtschaftlich quantitativen Entwicklung nötig sein wird, um ein grundsätzlich harmonisches Zusammenleben der Klassen, Ethnien und Völker zu erreichen und langfristig sicherzustellen.

Es ist klar, dass das Modell einer alternativen Gesellschaft, das hier vorgeschlagen wird, bei den gegenwärtig Privilegierten – Individuen und Unternehmen – gewaltige Widerstände wecken wird. Denn der Kernpunkt dessen, was in der Folge dargelegt wird, ist die Durchsetzung einer stark progressiven Steuerpolitik zulasten jener Sozialklassen, die im Überfluss leben. Die Gegner einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden mit allen Mitteln versuchen, dieses Projekt als »Kommunismus« zu diffamieren oder als simple Frucht des Neides darzustellen und einer gründlichen Debatte aus dem Weg gehen.

Und dann wird man von bürgerlich-konservativer Seite auch danach trachten, dieses Projekt als unbrauchbare, ja verrückte Utopie abzutun. Neue gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ansätze wurden von den Mächtigen und Reichen schon immer rasch als Hirngespinnste abqualifiziert. Es kommt eben, wie eingangs bemerkt, ganz drauf an, was man unter Utopie verstehen will. Diese kann jeglicher Logik und Vernunft widersprechen. Sie kann aber auch die Formulierung eines fernen Zieles betreffen, das in der Gegenwart als sehr hoch gesteckt erscheint, dem

man sich jedoch mit der nötigen Weitsicht, den richtigen politischen Mitteln und entsprechendem Nachdruck in Schritten nähern kann.

Wenn ich im weiteren Verlauf dieser Ausführungen die Aufmerksamkeit auf die skandinavischen Länder lenke, bin ich mir bewusst, dass sich heute zwischen ihnen und großen Teilen der Welt ein breiter und tiefer Graben auftut. Der Vorwurf, es sei utopisch, dem in manchen Aspekten noch immer wenig entwickelten Süden ein gesellschaftliches Modell aus dem hohen Norden vorzuhalten, ist gewiss verständlich. Trotzdem glaube ich, dass auch Lateinamerika, Afrika und Asien von den Erfahrungen der nordischen Staaten lernen und profitieren können. Selbst die meisten anderen Länder Europas können es, denn der überwiegende Teil scheint die Realität Skandinaviens kaum zu kennen.

Die Gesellschaften der vier Länder (Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland) können in wichtigen Punkten allen übrigen als Leitbild dienen. Handelt es sich doch um Nationen, die seit mehreren Jahrzehnten eine fortschrittliche und vorbildliche Sozial- und Steuerpolitik betreiben und damit den Grundstein zu einer relativ gewaltfreien und zufriedenen Gesellschaft gelegt haben. Die Analyse und Diskussion ihres Modells kann sich in aller Welt nur positiv auswirken, auch wenn eine Nachahmung oder Anpassung gerade für mittel- und südamerikanische Nationen im Moment noch in weiter Ferne liegen mag. Ich bin überzeugt, dass wir hier vor einer jener Utopien stehen, die in einer mittelbaren Zukunft auch für sie realisierbar sein werden.

Von Freiheit zu reden, macht nur Sinn, wenn die wirtschaftliche und politische Macht in einer Gesellschaft einigermaßen gerecht verteilt ist. So gesehen sind Freiheit und Gerechtigkeit unzertrennlich. Darum ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit die Auflösung aller illegitimen und illegalen Machtinstrumente des Kapitals: der Kartelle, Monopole und Oligopole, aber auch die Abschaffung der Anonymität des Kapitalverkehrs, die Eliminierung der demokratiefeindlichen Herrschaft mächtiger Wirtschaftsgruppen über die Medien, ihrer übermäßigen Vertretung in den Parlamenten und der zügellosen Umtriebe ihrer Lobbys.

Das Werk der radikalen Reform in Angriff zu nehmen, könnte dadurch erleichtert werden, dass die inneren Widersprüche des herrschenden Systems gerade jetzt mit aller Virulenz aufbrechen. Zu Beginn der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts erleben wir hautnah, wie sich der Kapitalismus neoliberaler Prägung Schritt für Schritt selber stranguliert. Be-

sonders deutlich sichtbar läuft dieser sukzessive Kollaps in den USA, dem Kernland des Kapitalismus, ab: hoffnungslose Überschuldung, Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation, überbordende Defizite und Überschwemmung der Märkte mit Papiergeld und Futures aller Art. Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nehmen zusehends alarmierende Dimensionen an. Die amtliche Statistik weist schon jetzt eine Armutsquote von über 15% aus.

Weltweit nimmt die Konzentration des Reichtums in immer weniger Händen unaufhaltsam zu. Die Überschuldung infolge von Kreditkartenmissbrauch, Staatsbankrotte oder Quasibankrotte in mehreren Ländern, Steuerflucht von Reichen und Superreichen, von Individuen, Familien, Clans, Mafias und Großfirmen, die ihre Buchhaltung nach Lust und Laune frisieren können, und als Folge von alledem die schrittweise Erosion der öffentlichen Etats, der schleichende Absturz breiter Segmente der Mittelklasse infolge des Verlustes von Millionen Arbeitsplätzen... das alles läuft zudem in einer sich selbst beschleunigenden Spiralbewegung, einem ständigen Hochschaukeln der einen Faktoren durch die anderen ab.

Eine solche Häufung von Krisensymptomen kann nur in einem Umbruch enden. Die gewöhnliche, hart und gewissenhaft arbeitende Bevölkerung sieht sich um die Früchte ihrer Anstrengungen durch eine »Elite« von Vermögenden und deren Helfern in der Finanzwirtschaft, die sich immer maßloser bereichern, geprellt. Nach und nach ist eine Gesellschaft entstanden, deren Mehrheit durch das bunte Treiben vieler Massenmedien zusätzlich im Zustand der Ignoranz gehalten und damit politisch gelähmt wird. Insofern ist die Situation durchaus mit jener vor der Französischen Revolution vergleichbar – mit dem Unterschied, dass es damals der Klerus war, der das Volk mittels Manipulation der Meinungen niederdrückte.

Die monumentale Reichtumskonzentration der letzten Jahrzehnte, zur Hauptsache, aber (wie wir sehen werden) nicht ausschließlich, Ergebnis der neoliberalen Politik, hat uns in eine wirtschaftlich, sozial und politisch explosive Situation geführt. Diese ist mit dem Ausbruch schwerer Krisen in der arabischen Welt zusätzlich augenfällig geworden. Aber auch die Probleme wegen wachsender Defizite und enormer Verschuldung der Haushalte auf allen Ebenen (Staaten, Regionen, Firmen, Private) hängen mit der Mechanik des seit etwa 1980 vorherrschenden Systems zusammen.

Dabei scheint der Neoliberalismus die Anhäufung von Sprengstoff aber »nur« verstärkt und beschleunigt zu haben. In Wirklichkeit deutet

die Tendenz zur immer stärkeren Ballung von Reichtum und Macht auf einen »Geburtsfehler« des Kapitalismus hin. Seine Fähigkeit, Wohlstand in die unteren und untersten Schichten der Bevölkerungspyramide herunterrieseln zu lassen, hat sich fast überall als sehr begrenzt erwiesen. Nur dort, wo ein sozial verantwortungsbewusster Staat mit gezielten und teils massiven Eingriffen den grundlegenden Trend des Kapitalismus zu korrigieren versucht hat (wie zum Beispiel in Skandinavien und einigen mitteleuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg unter sozialdemokratischem Einfluss), konnten die Polarisierungstendenzen – manchmal auch bloß vorübergehend – gemildert werden. Ein paar wenige geografische und historische Ausnahmen genügen meiner Meinung nach jedoch nicht als Beweis für die Tauglichkeit dieses Systems, auf Dauer gesunde soziale Verhältnisse zu schaffen.

Was die privatwirtschaftliche Vorherrschaft der Gegenwart nicht weniger stark prägt, ist die zunehmende Verantwortungslosigkeit (moral hazard) mancher Regierungen, Banken und Konzerne. Die Problematik des too big to fail (also die Absturzgefahr von riesigen Unternehmungen, die dann im Ernstfall durch die öffentliche Hand, also mit Steuergeldern gerettet werden müssen), eine logische Folge der Reichtumskonzentration, lässt je länger desto deutlicher das gesamte System aus dem Ruder laufen. Die Gefahr eines globalen Zusammenbruchs ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit aller Klarheit sichtbar geworden.

Tiefere Ursache dieser Fehlentwicklung, die sich als ebenso bedrohlich erweisen sollte wie die soziale Polarisierung, scheint eine dem System innewohnende Schizophrenie zu sein. Die Verantwortlichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik von Washington über Brüssel und Berlin bis nach Tokio bringen den Mut nicht mehr auf, in die viel beschworenen »natürlichen Gesetze« des Kapitalismus, vor allem in seine (angebliche) Fähigkeit zur Selbstreinigung, zu vertrauen. Ernsthafte, potenziell äußerst gefährliche Symptome waren schon am Ende des 20. Jahrhunderts aufgetaucht, als zum ersten Mal ein großer Hedgefonds (Long Term Capital Management) kollabierte, als kurz danach, wiederum in den USA, mehrere Riesen des Dienstleistungs- und Industriesektors pleite gingen und gleichzeitig an den Börsen die so genannte New Economy-Blase platzte.

Von da an wurden die Probleme, Konflikte und Widersprüche in den Zentren der kapitalistischen Welt in ihren wesentlichen Aspekten eigent-

lich nur noch »administriert«. Man schob sie einfach vor sich her – und ließ sie dadurch nur immer größer und brisanter werden. In wenigen Ländern war die politische Führung weise genug, um die Verschuldungspirale rechtzeitig zu bremsen und mit strukturellen Reformen Dampf abzulassen. Zu diesen seltenen Ausnahmen gehörten wiederum die skandinavischen Länder, Österreich, die Schweiz und eine Handvoll weiterer Klein- und Stadtstaaten.

Welches die Hintergründe der Verantwortungslosigkeit und fehlenden Courage sind, das müssten eigentlich die Politologen und Psychologen herausfinden. Ist es vielleicht so, dass bei Menschen, die einmal so viel Reichtum und Macht erlangt haben, wie das bei den heute herrschenden Minderheiten der Fall ist, die Selbstherrlichkeit überhandnimmt? Dass bei ihnen die Neigung immer stärker wird, »Nach uns die Sintflut« zu denken? Man hat ja so viel auf die Seite geschuffelt, dass man sich in der Gewissheit wiegen mag, dass es für die Eigenen und alle ihre Nachfolger auf immer und ewig reichen werde... Diese Geisteshaltung, die vor der Armut rund herum meistens die Augen verschließt (Ausnahmen vorbehalten, die dann als Mäzene in Erscheinung treten), kann wohl – gepaart mit den vielfältigen Versuchungen eines Lebens im Luxus – nur in die Dekadenz führen.

Das Tragische dabei ist, dass der Niedergang nicht nur, wie Thomas Mann es in seinen »Buddenbrooks« meisterhaft geschildert hat, einzelne Familien in den Abgrund reißt, sondern auch gravierende Auswirkungen auf die nähere und weitere Umgebung in Gesellschaft und Wirtschaft hat. Wenn aber der konservative Geist, der in einigen Aspekten des Lebens durchaus seine Berechtigung haben kann, dermaßen versagt, dann ist es Zeit für radikale Reformen.

Ihre Stunde wird vielleicht erst dann kommen, wenn vom Kapitalismus, wie wir ihn gegenwärtig erleben – von den Neoliberalen, Neofeudalen und Neofaschisten vollends pervertiert – nur noch rauchende Trümmer übrig bleiben werden. Es könnte aber auch sein, dass der Faden einer solidarisch orientierten und organisierten Gesellschaft schon lange vorher aufgenommen wird. An lebhaften Keimzellen für eine solche soziale, kulturelle und politische Erneuerung fehlt es nicht. Sie sind jetzt schon über den ganzen Globus verstreut und können sich dereinst zu einer neuen globalen Bewegung entwickeln, die für die Ideale der Gerechtigkeit und Solidarität kämpft.

Januar 2012